

DOKUMENTATION

REGIONALFÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND: WAS HAT DER OSTDEUTSCHE MITTELSTAND DAVON?¹⁾

Regionalförderung im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) ist hierzulande insbesondere eine Sache der mittelständischen Industrie. Das trifft vor allem für Ostdeutschland zu. Dort gingen in den Jahren 1991 bis 2001 rund 93 Prozent der Fördermittel an den Mittelstand. Nach den Erfahrungen einer Dekade stellt sich allerdings die Frage, ob dieses regionalpolitische Förderkonzept dem Ziel „Angleichung der Lebensverhältnisse“ hinreichend gedient hat. Ansätze, die weniger industrielastig orientiert sind und die mehr auf arbeitsplatzschaffende Investitionen abstellen, wären möglicherweise erfolgreicher gewesen. Die Osterweiterung der EU wird die GA-Förderung Ostdeutschlands von 2007 an nachhaltig beeinflussen. Denn mit dem Sinken des EU-Durchschnittseinkommens werden viele ostdeutsche Regionen nach den EU-Förderkriterien als nicht mehr förderungswürdig gelten.

iw-trends

Das Ziel „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ in Deutschland ist laut Artikel 72 Abs. 2 GG ein Staatsziel von Verfassungsrang. In Artikel 91a GG wurde die Regionalförderung daher als „Gemeinschaftsaufgabe“ definiert, die vom Bund und dem jeweils betroffenen Bundesland zu gleichen Teilen finanziert wird. Ende der 60er-Jahre, als das wirtschaftliche Regionalgefälle deutlicher wurde, sind die rechtlichen Grundlagen für die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) geschaffen worden. Im 1970 eingerichteten GA-Planungsausschuss sind Bund und Länder paritätisch vertreten. 1972 wurde der erste Rahmenplan verabschiedet. Seit der Wiedervereinigung steht die Förderung der neuen Bundesländer im Mittelpunkt der GA-Arbeit.

Fragestellung

Obwohl die GA prinzipiell ein nationales Programm ist, beeinflusst die Europäische Union (EU) zunehmend die nationale Förderpolitik. Das geschieht überwiegend über ihre Beihilfenkontrolle. Seit 1975 betreibt die

¹⁾ Die Studie ist Teilergebnis eines von der informedia-Stiftung Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik, Köln geförderten Forschungsprojekts „Armut und Reichtum in Europa – Verteilungskampf und Verteilungsgerechtigkeit“.

EU mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aber auch direkt regionale Förderpolitik und nimmt Einfluss auf die Festlegung nationaler Fördergebiete.

In dieser Untersuchung soll die regionalpolitische Förderung seit 1991 dokumentiert werden. Dabei stehen die Fragen im Mittelpunkt, in welchem Maß der Mittelstand gefördert worden ist und ob das GA-Konzept den Entwicklungsinteressen der neuen Bundesländer entspricht.

Förderstrategien

Die wichtigsten Instrumente der GA-Förderung sind Zulagen und Zuschüsse für Investitionen:

- Investitionszuschüsse sind eine zu versteuernde Hilfe ohne Rechtsanspruch. Die Förder-Höchstsätze betragen 35 Prozent des Investitionsaufwands für große Unternehmen beziehungsweise 50 Prozent für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Die Höchstsätze werden seit 1997 nur noch für strukturschwache Gebiete der neuen Bundesländer gewährt. Im Normalfall beträgt der Fördersatz gegenwärtig 23 Prozent. Gefördert werden Ausrüstungen, Bauten und immaterielle Wirtschaftsgüter, bei KMU auch Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen sowie Ausbildungsmaßnahmen.
- Investitionszulagen sind eine steuerfreie Förderung von Ausrüstungsinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft. Der aktuelle Fördersatz beträgt 12,5 Prozent des Investitionsaufwands. KMU mit maximal 250 Beschäftigten können einen Fördersatz bis zu 25 Prozent beanspruchen. In den grenznahen Gebieten zu Polen und Tschechien ist der Fördersatz um 2,5 Prozentpunkte höher. Gefördert werden auch produktionsnahe Dienstleistungen.

Konzentration auf Ostdeutschland

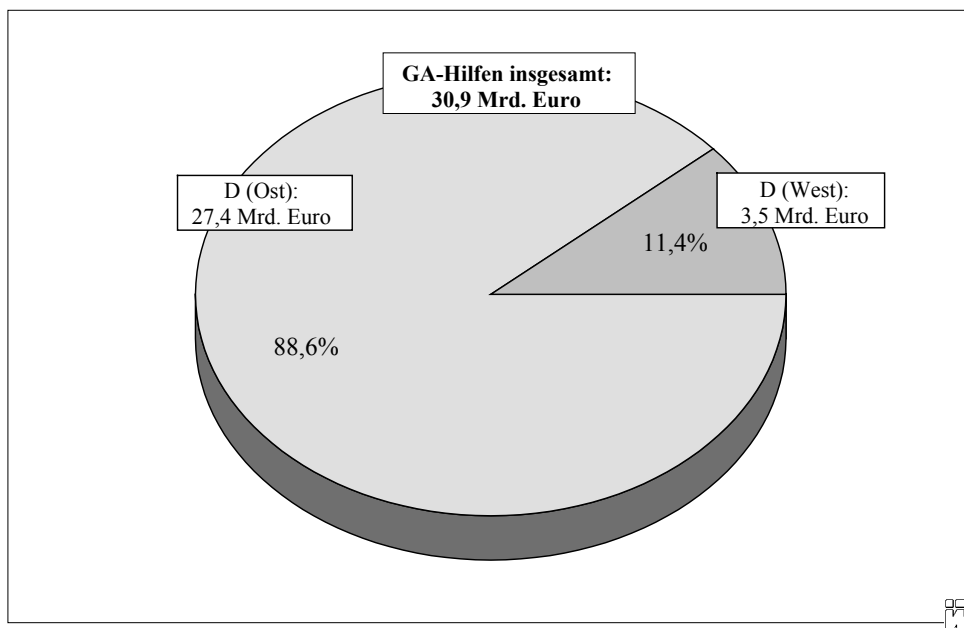
Für den Zeitraum 1991/2001 summieren sich die GA-Hilfen einschließlich der EFRE-Mittel auf 30,9 Milliarden Euro (Schaubild 1). Fast 90 Prozent hiervon flossen in die neuen Bundesländer, etwa 11 Prozent in den Westen. Mit vier Fünftel ging der Löwenanteil an das Verarbeitende Gewerbe.

Die Konzentration auf die neuen Bundesländer ist zum einen naheliegender Weise mit deren besonderem Förderungsbedarf zu erklären. Zum anderen

zeigt sich hierin aber auch der Einfluss der EU auf die nationale Förderpolitik. Nach EU-Richtlinien werden in erster Linie so genannte Ziel-1-Gebiete unterstützt. Das sind Regionen mit einem Entwicklungsrückstand, der mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) von weniger als 75 Prozent des EU-15-Durchschnitts definiert ist (Busch, 2002, 32). Dieses Kriterium erfüllen alle neuen Bundesländer.

Schaubild 1

Gesamte Fördermittel 1991 bis 2001*



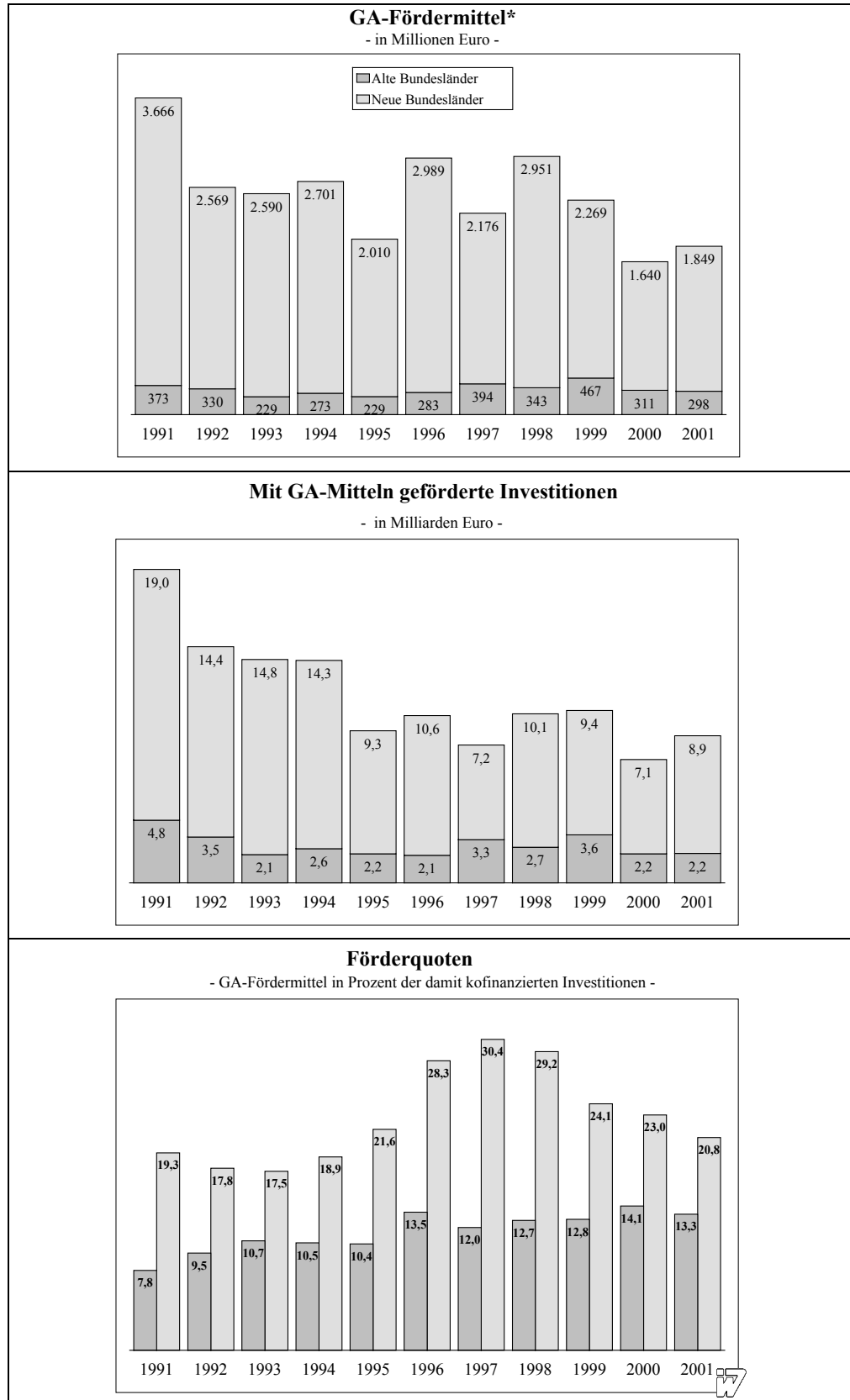
* Einschließlich EFRE-Mittel.

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, 2002; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Daneben werden Ziel-2- und Ziel-3-Gebiete aus EU-Mitteln gefördert. Das sind zum einen durch alte Industrien strukturell benachteiligte Regionen, zum anderen Gebiete mit großen Arbeitsmarktproblemen (BBR, 2002). Solche Gebiete gibt es auch in Westdeutschland. Zusätzlich werden noch nationale Fördergebiete festgelegt. Die im März 1999 auf dem Gipfel von Berlin beschlossenen Grundlinien der EU-Regionalpolitik für die Periode 2000 bis 2006 (Europäische Kommission, 2002) legen für die Bundesrepublik fest, dass jenseits der Ziel-1-Förderung nur Regionen mit maximal 17,7 Prozent der deutschen Bevölkerung Beihilfen erhalten dürfen. Der GA-Planungsausschuss hat diese Beschränkung abgelehnt und wendet das vorherige Limit von 23,4 Prozent der Bevölkerung weiter an (Hassold/Jung, 2000).

Schaubild 2

Entwicklung der Regionalförderung



* Einschließlich EFRE-Mittel.

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, 2002; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Damit hat Deutschland ein Prüfverfahren der EU-Kommission in Kauf genommen und eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof angestrengt. Vorsichtshalber hat der Planungsausschuss für die Regionen mit den umstrittenen 5,7 Prozent der Bevölkerung eine neue Fördergebietskategorie geschaffen. Hier werden Infrastrukturmaßnahmen und KMU gefördert, was nach den EU-Beihilfekontrollen nicht genehmigungspflichtig beziehungsweise auch außerhalb regionaler Fördergebiete gestattet ist.

Schaubild 2 liefert einen Überblick zur Entwicklung der GA-Förderung seit 1991:

Entwicklungstrends

- Die gewährten Mittel zeigen unter heftigen Schwankungen einen sinkenden Trend (oberer Teil des Schaubilds 2). Für 1991 machten die gesamten Beihilfen 4 Milliarden Euro aus, 2001 kaum mehr als 2 Milliarden Euro. Unverändert ist dabei die Dominanz der neuen Bundesländer. Auf sie entfielen zu Beginn des Beobachtungszeitraums rund 91 Prozent der Fördermittel, zehn Jahre später waren es immerhin noch 86 Prozent.
- Da die Förderung in Form von Zulagen oder Zuschüssen gewährt wird, ist das mit den GA-Mitteln angestoßene Investitionsvolumen wesentlich größer. Für den Beobachtungszeitraum summiert es sich auf 156 Milliarden Euro. Davon entfallen 125 Milliarden Euro, also vier Fünftel, auf die neuen Bundesländer. Mit den Fördermitteln ist auch das kofinanzierte Investitionsvolumen im Zeitablauf gesunken (mittlerer Teil des Schaubilds 2), nämlich von fast 24 Milliarden Euro auf zuletzt 11 Milliarden Euro.
- Aus Fördermitteln und kofinanzierten Investitionen lassen sich Förderquoten errechnen. Für den Durchschnitt der untersuchten Periode ergibt sich für Deutschland eine Förderquote von knapp 20 Prozent. In Ostdeutschland erreicht sie 22 Prozent, im Westen ist sie mit 11 Prozent halb so hoch.
- In Ostdeutschland ist die Förderquote nach einem steilen Anstieg bis 1997 deutlich zurückgegangen (unterer Teil des Schaubilds 2). Das ist im Wesentlichen auf das Absenken der maximalen Fördersätze zurück-

zuführen. In Westdeutschland hat sich die Förderquote seit Mitte der 90er-Jahre auf rund 13 Prozent eingependelt. Dadurch ist das Ost-West-Gefälle bei den Förderquoten deutlich kleiner geworden.

Der Anteil des Mittelstands

Im Folgenden sollen die GA-Beihilfen nach der Größe der geförderten Unternehmen aufgegliedert werden. Dabei werden drei Unternehmensgrößenklassen mit Hilfe der Beschäftigtenzahl abgegrenzt. Demnach gelten als Großunternehmen solche, die 500 und mehr Beschäftigte haben. Diese Trennlinie ist in Deutschland üblich (IfM, 2002). Betriebe mit weniger als 50 Mitarbeitern werden von der EU entsprechend als Kleinunternehmen eingestuft. Folglich haben mittelgroße Unternehmen zwischen 50 und 250 Beschäftigte.

Tabelle

Regionalförderung¹⁾ nach Unternehmensgröße 1991/2001

- Prozentanteile -

Unternehmensgröße (Beschäftigtenzahlen)	Geförderte Unternehmen	Bewilligte Mittel	Gesamtes Investitionsvolumen
	Alte Bundesländer		
0 – 49	78,7	43,7	39,2
50 – 499	19,1	35,2	35,1
500 und mehr	2,2	21,1	25,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0
Neue Bundesländer			
0 – 49	90,2	72,1	71,5
50 – 499	9,4	21,1	21,1
500 und mehr	0,4	6,8	7,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0
Deutschland			
0 – 49	88,3	68,8	65,0
50 – 499	11,0	22,7	23,9
500 und mehr	0,7	8,4	11,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

1) Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur einschließlich aufstockende Mittel aus dem EFRE.

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, 2002; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

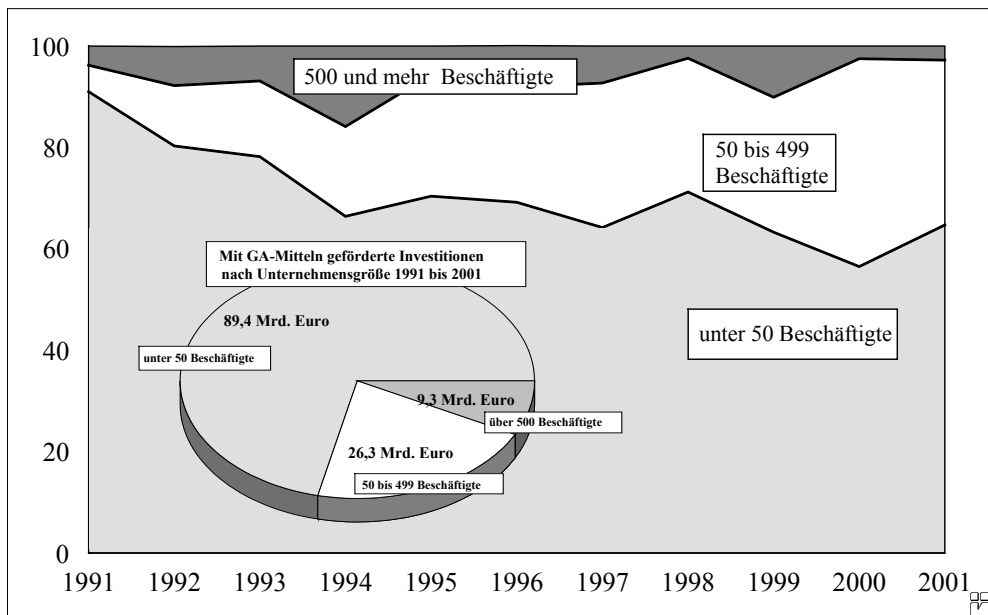
Die Tabelle zeigt für den Durchschnitt des Beobachtungszeitraums 1991/2001, dass der überwiegende Teil der Regionalförderung an kleine und mittelgroße Unternehmen geflossen ist. Dieser Befund gilt für die

Anzahl der Förderfälle ebenso wie für die bewilligten Mittel und die damit kofinanzierten Investitionen. In Deutschland gingen nur 8,4 Prozent der Fördermittel an Großunternehmen, 23 Prozent an mittlere und fast 70 Prozent an kleine. Je Arbeitsplatz gerechnet, ist das Fördervolumen des Mittelstands im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt fast sechsmal so groß wie das der Großbetriebe. Noch ausgeprägter ist die Mittelstandsorientierung der GA-Förderung in den neuen Bundesländern. Hier entfallen nur knapp 7 Prozent der Fördermittel und 7,5 Prozent der dadurch geförderten Investitionen auf Großunternehmen.

Schaubild 3

Neue Bundesländer: Fördermittel nach Unternehmensgröße

- Anteil der Größenklassen an den vergebenen GA-Mitteln in Prozent -



Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, 2002; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Schaubild 3 zeigt, wie sich im Zeitablauf die GA-Förderung nach Unternehmensgrößenklassen in Ostdeutschland entwickelt hat. Kurz nach der Wiedervereinigung entfielen über 90 Prozent der Fördermittel auf kleine Betriebe und lediglich 4 Prozent auf Großunternehmen. Der Anteil der Großen ist bis auf einige Ausreißerjahre (1994, 1999) sehr klein geblieben. Gleichzeitig ist die Förderung der Kleinbetriebe gesunken und die der mittelgroßen Unternehmen gestiegen. Im Jahr 2001 gingen 97 Prozent der gesamten GA-Fördermittel an kleine und mittlere Betriebe. Auch die damit in Ostdeutschland angestoßenen Investitionen fanden mit knapp 93 Prozent überwiegend im Mittelstand statt. Da in den neuen Bundesländern nur wenige Investitio-

Förderung des ost-deutschen Mittelstands

nen ohne GA-Förderung durchgeführt worden sind, trifft dieses Unternehmensgrößenprofil für die gesamte Investitionstätigkeit der ostdeutschen Industrie zu.

Regionalförderung ist somit in Deutschland, vor allem aber in Ostdeutschland, eine Sache des Mittelstands. Dies wird oft übersehen. Denn die hoch subventionierten Großinvestitionen in der Chemischen Industrie Sachsen-Anhalts, in den Werften Mecklenburg-Vorpommerns sowie in der sächsischen Mikroelektronik und Automobilindustrie werden von der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen.

Die Konzentration der Regionalförderung auf mittelständische Betriebe kann ökonomisch gerechtfertigt werden. Denn empirische Untersuchungen der Förderpolitik in Westdeutschland haben gezeigt, dass bei unterstützten Großunternehmen entgegen den Zielen der GA das Rationalisierungsmotiv eine erhebliche Rolle gespielt hat. Bei KMU war dagegen mit der Förderung eine positive Beschäftigungsentwicklung verbunden (Spehl, 1987).

Stimmt das Förderkonzept?

Gleichwohl steht der Befund, dass der Mittelstand an der Förderung überdurchschnittlich teilhatte, im Widerspruch zu dem Konzept der GA-Förderung. Denn die war nie als Mittelstandsförderung gedacht. Für die Konzentration auf die neuen Bundesländer gibt es zwar gewichtige Gründe. Doch die Empirie zeigt, dass die Entwicklungsunterschiede zwischen Ost und West immer noch erheblich sind, dass das Ziel der „Angleichung der Lebensverhältnisse“ also nicht erreicht ist (Lammers/Niebuhr, 2002). Damit stellt sich die Frage, ob das GA-Konzept für eine gezielte Förderung des ostdeutschen Mittelstands richtig ist.

Investitionszuschüsse und Investitionszulagen verbilligen den Produktionsfaktor Kapital gegenüber dem Faktor Arbeit. Diese Verzerrung der relativen Faktorpreise erscheint bei fast 1,4 Millionen Arbeitslosen für die neuen Bundesländer wenig zielgerecht. Überdies fällt auf, dass die Kapitalintensität des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland kaum niedriger ist als im Westen. Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zeigen für 1998, dass die durchschnittliche Kapitalintensität im Verarbeitenden Gewerbe 88,6 Prozent des westdeutschen Niveaus erreichte (Ragnitz u. a., 2001). Da die Investitionen je Arbeitsplatz in den neuen Län-

dem immer noch höher sind als in den alten, dürfte das Ausstattungsniveau inzwischen deutlich über 90 Prozent liegen. Bereinigt um die Unternehmensgröße und Branchenstruktur setzt die ostdeutsche Industrie trotz Produktivitätsrückstands sogar überdurchschnittlich viel Kapital ein. Die Produktionsstruktur ist demnach verzerrt (Sinn, 2000) und der Einsatz von Sachkapital steigert häufig nicht die Produktivität (Ragnitz, 2001). Eine faktorneutralere Förderung entspräche somit besser den Interessen des ostdeutschen Mittelstands.

Die starke Ausrichtung der GA-Förderung auf das Verarbeitende Gewerbe wird ebenfalls kritisiert, obwohl die neuen Bundesländer bei der Industrialisierung einen gewissen Nachholbedarf haben. Denn der Strukturwandel in Richtung Dienstleistungen findet in der GA-Förderpolitik bislang kaum Niederschlag. Insofern hat die deutsche Regionalförderung zumindest ansatzweise strukturkonservierende Wirkung. Genau dies sollte aber vermieden werden (Deutscher Bundestag, 2000a; 2000b). In ihrem jüngsten Fortschrittsbericht fordern die Wirtschaftsforschungsinstitute (DIW u. a., 2002) deshalb zu Recht, die Förderpolitik auf vernetzte Wirtschaftsstrukturen und Produktionscluster abzustellen. Demnach müsste die deutsche Regionalförderung stärker als bisher den Dienstleistungssektor berücksichtigen. Außerdem müsste das Förderkriterium „überregionaler Absatz“ gestrichen werden. Denn dies benachteiligt Verflechtungen innerhalb regionaler Produktionscluster.

Die chronische Eigenkapitalschwäche des ostdeutschen Mittelstands konnte mit der GA-Förderung ebenfalls nicht beseitigt werden. Die zeitweilig gewährten Sonderabschreibungen haben gerade den gewinnarmen Betrieben Ostdeutschlands wenig genutzt. Angemessener wäre ein Ausbau der Eigenkapitalhilfeprogramme oder der Eigenkapitalfonds, wie sie kürzlich von den Wirtschaftsverbänden vorgeschlagen worden sind (FAZ, 2002).

Vor diesem Hintergrund verlangt eine effizientere Förderung des ostdeutschen Mittelstands eine Neuorientierung des GA-Beihilfenkonzepts.

Dies erscheint auch aus einer anderen Perspektive unausweichlich. Die geplante Erweiterung der EU auf Mittel- und Osteuropa wird das EU-Durchschnitts-BIP merklich sinken lassen. Hierdurch werden die ostdeutschen Ziel-1-Regionen über die kritische 75-Prozent-Marke gehoben, ohne dass

*Effekte der EU-
Erweiterung*

sich an ihrer ökonomischen Performance etwas geändert hätte (Busch, 2002). Die Folge ist, dass große Teile der neuen Bundesländer als nicht mehr förderungswürdig eingestuft werden. Die Regionalförderung der EU muss diese Erweiterungseffekte bereits für die ab 2007 gültige Förderperiode berücksichtigen.

Vordergründig bedeutet dies nur den Verlust der EU-Mittel, also im Wesentlichen den EFRE-Zuschuss zu den GA-Mitteln. Faktisch wird aber auch das nationale Förderprogramm tangiert. Denn die Fördergebiete werden nach EU-weit gültigen Kriterien festgelegt. Außerdem muss jedes nationale Förderprogramm von der EU-Kommission genehmigt werden, um so einen Förderwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten zu verhindern. Dabei legt Brüssel die Genehmigungskriterien immer enger aus (Deutscher Bundestag, 2000b; 2000c). Die Spielräume für eine kompensierende heimische Regionalförderung nach Verlust des Ziel-1-Status sind somit begrenzt. Die Erweiterung der EU wird daher erhebliche Konsequenzen für die bislang praktizierte Regionalförderung in den neuen Bundesländern haben (Bratzke u. a., 2001).

August 2002

Klaus-Heiner Röhl

Literatur:

Bratzke, Petra, Margret Steffen, Martin Stuber und Astrid Ziegler, 2001, Beteiligung und Gestaltung an den EU-Strukturfonds – eine Zwischenbilanz für Ostdeutschland, in: WSI-Mitteilungen, Heft 9, S. 582-585.

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, 2002, Statistik der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Gewerbliche Wirtschaft 1991–2001.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), 2002, Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“: Berechnung des Infrastrukturindicators und Neuabgrenzung der Fördergebiete, (www.bbr.bund.de/raumordnung/strukturpolitik_finanzen/gemeinschaftsaufgabe.htm, Stand: 23.07.2002).

Busch, Berthold, 2002, Die Erweiterung der Europäischen Union: Das Regionalgefälle wird größer, in: iw-trends, 29. Jg., Nr. 2, S. 27-35.

Deutscher Bundestag, 2000a, Drucksache 14/3250, Neunundzwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2000 bis 2003 (2004) v. 30.03., Berlin.

Deutscher Bundestag, 2000b, Drucksache 14/3353, Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion „Zukunft der deutschen Regionalförderpolitik im Zusammenhang mit der Reform des Strukturfonds der Europäischen Union“ v. 09.05., Berlin.

Deutscher Bundestag, 2000c, Drucksache 14/4112, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion „Zukunft der deutschen Regionalförderpolitik im Zusammenhang mit der Reform des Strukturfonds der Europäischen Union“ v. 20.09., Berlin.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Institut für Weltwirtschaft (IfW), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), 2002, Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Forschungsauftrag des Bundesministeriums der Finanzen, Halle.

Europäische Kommission, 2002, Regionalpolitik, (http://europa.int/comm/regional_policy/intro/regions2_de.htm, Stand: 14.08.02).

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2002, Eigenkapitalfonds soll Mittelstand helfen, Ausgabe v. 02. 07.

Hassold, Helge und Lothar Jung, 2000, Die Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2, S. 59-70.

Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM), 2002, Mittelstand – Definition und Schlüsselzahlen, (www.ifm-bonn.org, Stand 2002-06-06).

Lammers, Konrad und Annetrin Niebuhr, 2002, Erfolgskontrolle in der deutschen Regionalpolitik, Überblick und Bewertung, HWWA-Report, Nr. 214.

Ragnitz, Joachim, Gerald Müller, Anita Wölfl u. a., 2001, Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen, das Beispiel der neuen Länder; Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, IWH-Sonderheft, Nr. 3, Halle.

Ragnitz, Joachim, 2001, Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft: eine zusammenfassende Bewertung, in: IWH-Wirtschaft im Wandel, Heft 7-8, S. 181-189.

Sinn, Hans-Werner, 2000, Germany's Economic Unification – An Assessment after Ten Years, CES-ifo working paper, Nr. 247.

Spehl, Harald, 1987, Kleine und mittlere Betriebe in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, in: Michael Fritsch und Christopher Hull (Hrsg), Arbeitsplatzdynamik und Regionalentwicklung, Berlin.

Regional Structural Policy in Germany: What is Their Benefit for East Germany?

German regional policy is strongly focused on small and medium-sized firms. This is true in particular in regard to the new Länder. Between 1991 and 2001 about 93 per cent of the funds they received from the Joint

iw-focus

Scheme for Improving the Regional Economic Structure went to small and mid-size companies. Ten years of experience raise the question whether this bias has sufficiently served the goal of reducing the disparities in living conditions between East and West Germany. Strategies which focus less on industry and more on job creation might have been more successful. After 2007, the eastward enlargement of the EU will strongly affect the Joint Scheme funds because they are strongly interlinked with the EU cohesion policy. When the average income in the EU sinks, the East German regions will no longer be eligible to subsidies from the structural funds.